

Anne Lisa Carstensen/Sabine Hess/Lisa Riedner/Helen Schwenken
Solidarität – Kooperation – Konflikt. Migrantische Organisationen und
Gewerkschaften in den 1970/1980er Jahren. Hamburg: VSA 2022, 317 S.
ISBN 978-3-96488-135-9.

Die Gewerkschaftsgeschichte der BRD wird meist als Geschichte einer homogenen arbeitenden Klasse erzählt. Dabei nimmt allerdings häufig die Figur eines weißen männlichen Arbeiters mit deutscher Staatsbürgerschaft einen Allgemeinplatz ein. Wird Migration hingegen in der Nachkriegsgeschichte der BRD zum Thema, so wird sie meist in Bezug auf die Position der Gewerkschaften zum Anwerbestopp in den 1970ern adressiert. Ferner wird die Rolle migrantischer Kämpfe meist als Geschichte der Inklusion von Migrant_innen in vorhandene Strukturen beleuchtet (S. 11) und weniger in Bezug auf die gesellschaftlichen Veränderungen und gewerkschaftspolitischen Transformationen, die migrantische Arbeiter_innen auf den Weg brachten. Das Buch „Solidarität – Kooperation – Konflikt“ von Anne Lisa Carstensen, Sabine Hess, Lisa Riedner und Helen Schwenken zeigt hingegen, wie Gewerkschaftsgeschichte aus der Perspektive der Migration neu erzählt werden kann.

Einleitung und Fazit sind von allen vier Autor_innen gemeinsam verfasst. Anhand von sechs empirischen Fallstudien liefern Anne Lisa Carstensen für Hamburg und Lisa Riedner für Stuttgart eine historisch-soziologische Forschung in den beiden Industriestädten, in der einer differenzierten bewegungspolitischen Geschichte von Arbeit und Migration Rechnung getragen wird. Dabei zeigen sie eindrucksvoll, wie diverse politische Akteur_innen – darunter migrantische Organisationen, gewerkschaftliche Anlaufstellen, Begegnungsstätten und Initiativen – in umkämpfter

Beziehung standen und für ihre Belange in und außerhalb der Fabrik – in den Stadtteilen, in kommunalpolitischen Treffen und in aktivistischen Zusammenkünften – einstanden.

Für das Beispiel der Hansestadt beschreibt Anne Lisa Carstensen das Verhältnis zwischen der „Zentralstelle für ausländische Arbeitnehmer des DGB“ und den in den 1970er-Jahren gegründeten Begegnungsstätten. Weiterhin untersucht sie die Proteste infolge der Massenentlassungen aus der HDW Werft im Jahr 1983 sowie die Mobilisierungen gegen „Ausländerfeindlichkeit“ nach den rassistischen Morden an Mehmet Kaymakçı und Ramazan Avcı im Jahr 1985.

Für Stuttgart beschreibt Lisa Riedner die gewerkschaftsoppositionelle Gruppe „Plakat“ im Stammwerk Daimler-Benz in Untertürkheim, welche 1972 erfolgreich mit einer eigenen Liste bei der Betriebswahl gegen die IG Metall kandidierte. Im Zentrum stehen der Kampf für die 35-Stunden-Woche 1984 sowie die Bewegungen für das kommunale Wahlrecht für Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den 1980er-Jahren. Das spannende Material umfasst Interviews mit Zeitzeug_innen sowie Quellen aus Workshops, Biografien und zeitgenössischem Archivmaterial wie Flyern und Zeitschriften. Durch Diskussionen mit Zeitzeug_innen werden die damaligen Debatten qualitativ ausgelegt und vertiefend diskutiert.

Für die Jahre des Strukturwandels, in denen Gewerkschaften sich zwischen Anwerbestopp und Forderungen nach Integration positionierten und in denen der Diskurs einer Einwanderungsgesellschaft erste (polarisierende) Züge annahm, adressieren die Autor_innen die komplexe und umstrittene Herstellung eines gewerkschaftlichen und migrationspolitischen „Wir“. Zentrale Begriffe des Untersuchungszeitraums wie beispielsweise „Anwerbestopp“, „Arbeitsplätzevernichtung“, „Ausländerfeindlichkeit“, „Rückkehrprämie“ und „Inländerprimat“, die den migrationspolitischen Diskurs der Nachkriegsjahrzehnte in Westdeutschland prägten, werden anhand von Streiks, Besetzungen, Protesten und aktivistischen Forderungen in den beiden Städten umfassend thematisiert. Die Forschungen zu Hamburg und Stuttgart werden im Buch getrennt präsentiert, was die Orientierung entlang der Fallstudien lesefreundlicher macht. Beide Städte werden mit ihren jeweiligen Besonderheiten zu lebendigen Bühnen strategischer inner- und außerbetrieblicher Kämpfe.

Als Stadt eines „Multikulturalismus von oben“ (S. 42) positionierte sich Hamburg in den 1980er-Jahren gegen die Einrichtung eines Landesprogramms zur Rückkehrförderung und warnte vor den aufenthaltsrechtlichen Folgen von Arbeitslosigkeit beziehungsweise Sozialhilfebezug, die als Grund für eine Ausweisung kein Muss, sondern Ermessenssache waren. Dabei wurde im städtischen Sozialamt eine Praxis geübt, die heutzutage als Praxis einer „sanctuary city“ bezeichnet werden könnte: Über die ersten sechs Monate eines Leistungsbezugs wurde die Ausländerbehörde nicht in Kenntnis gesetzt (ebd.). Auch die CDU-Stadtregerung Stuttgarts positionierte sich gegen die restriktive Bundesmigrationspolitik und das Rotationsprinzip,

Stuttgart definierte sich somit im Vergleich zu anderen deutschen Städten relativ früh als Einwanderungsstadt. Gleichzeitig wurde Migration in beiden Städten auch problematisiert. Dies wird anhand der verschärften Haltung in puncto Asylpolitik besonders deutlich.

Bundesweite und transnationale Bezüge werden ebenfalls thematisiert. Insbesondere hinsichtlich der Organisation für das kommunale Wahlrecht in Stuttgart macht Riedner deutlich, wie inmitten der Abschottungs- und Rückkehrpolitik der 1980er-Jahre westdeutsche antirassistische Initiativen Bezüge zu antirassistischen Bürgerrechtsbewegungen in den USA und in Südafrika herstellten (S. 228). Hier war die Initiative gegen Rassismus im baden-württembergischen Umfeld Vorreiter, die den Begriff Rassismus (anstatt „Ausländerfeindlichkeit“) schon in den 1980er-Jahren als zentrales Konzept verwendete (S. 166). So tragen die Forschungen zu einer post-migrantischen Erinnerungspolitik bei.

Für die Momente, in denen Gewerkschaften eine tragende Rolle für migrantische Forderungen spielten, werden die Unzulänglichkeiten eines sozialpartnerschaftlichen Korporatismus ebenfalls ans Licht gebracht, wie etwa die mangelnde Infragestellung von Machtverhältnissen inner- und außerhalb der Fabrik oder der gewerkschaftliche Anti-Kommunismus, wie auch die ambivalente Position der Gewerkschaften gegenüber dem kommunalen Wahlrecht für Ausländer_innen. Anhand der ethnografisch-historischen Beschreibung von Initiativen wie dem „Bündnis Türkischer Einwanderer“, das anlässlich des Mordes an Ramazan Avcı 1985 von unterschiedlichen türkischen und deutsch-türkischen Organisationen sowie dem DGB Hamburg gegründet wurde, wird in eindrucksvoller Weise deutlich gemacht, dass die Organisation von Migrant_innen als „Migrant_innen“ oder als „Türk_innen“ nicht im Sinne eines essentialistischen gruppenbezogenen Aktivismus verstanden werden sollte, sondern vielmehr eine spezifische Artikulation von Klassenbewusstsein anhand konkreter Erfahrungen von Diskriminierung und Rassismus bildete (S. 136, nach Bojadžijev 2008). Dieses Bündnis richtete die Perspektive von rassistisch diskriminierten Migrant_innen auf den Staat und konkrete Politiken, die Migration als Problem konstruierten. Dabei plädierte das Bündnis für eine Normalisierung der Migration sowie für soziale und politische Rechte. Zentral ist hier die Selbstbezeichnung „Einwanderer“, die einen wichtigen Wendepunkt im migrantischen Selbstverständnis darstellt. Die gemeinsame Herkunft war hier nicht mehr Ausgangspunkt migrantischer Selbstorganisation, sondern die geteilte Gewalt- und Rassismuserfahrung (S. 138, nach Kalpaka 2017). „Sich als Einwanderer zu bezeichnen, bedingte ein neues Selbstbewusstsein und eine Verschiebung in der Definition des politischen Subjektes“ (S. 139).

Eine frühere Kritik an positivistischen Integrations- und Multikulturalismus-Ansätzen arbeitete die selbstorganisierte Initiative „EinwanderInnen ins Rathaus“ im Jahr 1989 in Stuttgart aus. Die Initiative kritisierte, wie sehr Rassismus struktu-

rell in der Stadtverwaltungspraxis angesiedelt war, und positionierte sich deutlich im Kampf gegen rechtsextreme Parteien, die den Wahlkampf 1989 unter anderem gegen das Ausländerwahlrecht führten. Auch hier, wie beim „Bund türkischer Einwanderer“, ist das Reclaiming als „Einwander_innen“ in der Gesellschaft zentral, um das Bild der vorübergehenden Präsenz von Ausländer_innen in Deutschland infrage zu stellen. Besonders spannend ist auch, wie migrantische Kolleg_innen bei diversen Gewerkschaftstagen immer wieder in Redebeiträgen klarmachten, dass sie die Gewerkschaft auch als ihre Organisation betrachteten, in der sie gleiche Rechte beanspruchten (S. 254).

Aufgrund der Schwerpunktsetzung und Weite des Materials werden im Buch Geschlechterverhältnisse, interne Differenzen zwischen Herkunfts- und Klassenpositionierungen von Migrant_innen (Arbeiter_innen vs. Intellektuellenmilieu) sowie die Entwicklung migrantischer Forderungen im Vergleich von der ersten zur zweiten Generation weniger vertiefend beleuchtet. Insofern können diese Aspekte als Inspiration für weitere Forschungen gelten.

Konjunkturen des Rassismus (vgl. Bojadžijev 2008) und anti-rassistische Auseinandersetzungen nehmen eine zentrale Stellung im Buch ein. Die Autor_innen vermeiden es, Migrant_innen ausschließlich als Opfer rassistischer und paternalistischer Diskriminierungen seitens deutscher Gewerkschaftsmitglieder erscheinen zu lassen. Vielmehr unterstreichen sie die Stärke des migrantischen Protagonismus in Arbeitskämpfen. Die Forschung erinnert uns daran, dass Migration immer wieder als Kraft für gesellschaftspolitische Veränderung zu verstehen ist. So gewinnen zentrale Errungenschaften gewerkschaftlicher Mobilisierungen wie der Kampf für die 35-Stunden-Woche eine neue Bedeutung als Kampf der Gewerkschaften gegen Rassismus (S. 271).

Dabei zeigen die Autor_innen, dass „die Einheit der Belegschaft kein Selbstverständnis war, sondern immer wieder hergestellt werden musste“ (S. 116). Das Buch macht nachvollziehbar, wie die Unterschiede und Konflikte nicht nur aus pragmatischen Gründen, sondern auch aufgrund einer Delegitimierung und Unsichtbarmachung zugunsten einer dominanten arbeits- und gewerkschaftspolitischen Erzählung in den Hintergrund der Gewerkschaftsgeschichte traten. Die Frage, inwiefern das bewegungspolitische Gemeinsame schon immer in sich unterschiedliche Positionierungen enthielt und in sich konfliktuell war, weist meiner Einschätzung nach auch eine spannende Verbindungslinie zu einem Verständnis politischer Subjektivitäten auf, das diese als Teil einer heterogenen „Multitude“ betrachtet, die sich für ein „Common“ engagiert.

Mit diesem Buch wird ein äußerst wertvoller Beitrag im Bereich der kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung geleistet. Darüber hinaus weist die zeithistorische Reflexion immer wieder relevante gegenwärtige Bezüge zur Anti-Rassismus- und kapitalismuskritischen Forschung auf. Das Buch kann eine wichtige Referenz für

Forschungen darstellen, die sich mit der Entwicklung und Differenzierung der Klassenzusammensetzung beschäftigen. Durch das Eintauchen in die Geschichte wird das Subjekt des Klassenkampfes deessentialisiert und seine unterschiedlichen Facetten werden in ihrer Heterogenität aufgezeigt. In diesem Sinne produzieren die Autor_innen eine gesellschaftspolitisch tragende Wissenschaft, die „von unten“ informiert ist und in der die Zeitzeug_innen sowie die Organisationen, die den Kampf für migrantische Rechte für Arbeiter_innen über lange Jahre vorangetragen haben, eine zentrale Rolle einnehmen. Die Bedeutung ihres gesellschaftspolitischen Engagements für die Geschichte der Arbeit in der BRD wird hiermit gewürdigt.

Marika Pierdicca, Klagenfurt

<https://doi.org/10.31244/zekw/2024/02.19>